

**WARNUNG AN DIE EUROPÄISCHEN SEEFAHRER:
DICHTER NEBEL ZWISCHEN BRÜSSEL UND STRASSBURG**

Während wir aus Brüssel schreiben, wissen wir immer noch nicht, wie die Geschichte der Bildung und des Amtsantritts der neuen Europäischen Kommission, die nicht die „Regierung“ der Europäischen Union ist, sondern längst nicht mehr nur ein technisches Organ ist, wie manche sie bezeichnen, und die ihre wachsenden politischen Funktionen ignoriert, zwischen Brüssel und Straßburg enden wird.

Wenn die neue Kommission am 1. Dezember ihr Amt antritt, werden seit den Europawahlen Anfang Juni sechs Monate vergangen sein, eine Zeitspanne, die sich nicht wesentlich von den langen Verhandlungszeiten unterscheidet, die die Regierungsbildung in einigen Ländern mit Mehrparteiensystemen wie Belgien, den Niederlanden, aber auch der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnen.

Für diejenigen, die mit den komplexen europäischen Verfahren nicht vertraut sind, sei daran erinnert, dass **die Bildung der Europäischen Kommission in nicht weniger als neun Phasen erfolgt**, an denen die europäischen Parteien (1), die Wähler und Wählerinnen (2), der Europäische Rat (3), das Europäische Parlament (4), die nationalen Regierungen (5), der Rat der Union (6) die parlamentarischen Ausschüsse (7), wiederum das Europäische Parlament (8) und schließlich der Europäische Rat (9) mit einem Flickenteppich von Mehrheiten, die von einfachen Mehrheiten der Wähler im Europäischen Parlament bis zu qualifizierten Mehrheiten im Europäischen Rat reichen, einschließlich einer 2/3-Mehrheit für die Zustimmung oder Ablehnung eines Kommissionskandidaten in einem parlamentarischen Ausschuss.

Die Geschichte beginnt mit der Ernennung der „Spitzenkandidaten“, d. h. der *Spitzenkandidaten* nach der 2013 vom deutschen Sozialdemokraten **Martin Schulz** erfundenen Formel in der nicht ganz geheimen Hoffnung, den Sitz des Präsidenten der Europäischen Kommission zu gewinnen, indem er den Europäischen EVP durch eine Methode entzogen wird, die in den Verträgen nicht vorgesehen ist, die nicht in die ausschließlich nationalen europäischen Wahlverfahren integriert ist und die vom Europäischen Rat nicht geteilt wird.

Nach den Europawahlen 2014 ernannte der Europäische Rat, der erstmals auf der Grundlage des im Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon handelte, den Luxemburger **Jean-Claude Juncker** als *Spitzenkandidaten* der EVP, der vom Europäischen Parlament mit einer großen pro-europäischen Mehrheit gewählt wurde und am 1. November 2014 mit einer eigenen Kommission sein Amt antrat.

2019 akzeptierte der Europäische Rat die Wahl des *Spitzenkandidaten* durch die europäischen Parteien nicht und schlug dem Europäischen Parlament - auf Vorschlag von **Emmanuel Macron** und **Angela Merkel** - die deutsche CDU **Ursula von der Leyen** vor, deren Kommission am 1. Dezember 2019 mit einer Mehrheit namens „*Ursula*“ ihr Amt

MOVIMENTO EUROPEO

CONSIGLIO ITALIANO

IL PRESIDENTE

antrat, zu der nicht nur die EVP, die Sozialisten und die Liberalen gehörten, sondern auch die polnischen Konservativen der PiS und nicht die Abgeordneten der Fratelli d'Italia mit einer Abstimmung, die die EKR-Fraktion spaltete.

Im Jahr 2024 haben vier europäische Parteien (EVP, S&D, Grüne und Linke) ihre *Spitzenkandidaten* gewählt und die Wahl des Europäischen Rates fiel mit qualifizierter Mehrheit auf Ursula von der Leyen, Kandidatin der EVP auf der Grundlage einer von den EVP Premierministern (**Donald Tusk** und **Kyriakos Mitsotakis**) geführten Verhandlung, Die Sozialdemokraten (**Olaf Scholz** und **Pedro Sanchez**) und die Liberalen (**Emmanuel Macron** und **Mark Rutte**) traten nicht im Namen ihrer Regierungen, sondern im Namen ihrer politischen Familien an. **Giorgia Meloni** hatte zuvor angekündigt, dass sie im Europäischen Rat nicht im Namen ihrer Regierung, sondern im Namen der Europäischen EKR-Partei, deren Vorsitzende sie derzeit ist, handeln würde, um die traditionelle große Koalition zwischen den EVP und den Sozialdemokraten zu stürzen.

Die „Ursula“-Mehrheit, unter Ausschluss der polnischen PiS, aber mit Unterstützung der Grünen, wurde bei der Wahl von Ursula von der Leyen vor dem Europäischen Parlament am 18. Juli durch eine absolute Mehrheit mit einer gelegentlichen pro-europäischen Koalition gefestigt, aus der sich die drei rechten europafeindlichen Fraktionen (Patrioten, Konservative und Souveränisten), aber auch der linke Flügel (Linke und Fraktionslose) selbst ausgeschlossen haben.

Auf der Grundlage der Vorschläge, die laut Vertrag von den Mitgliedstaaten, praktisch aber von den einzelnen Regierungen gemacht wurden, und im Einvernehmen mit Ursula von der Leyen hat der Rat der Union mit qualifizierter Mehrheit (aber de facto ohne Gegenstimme) die Liste der sechszwanzig „Persönlichkeiten“ angenommen, die er dem Europäischen Parlament zur Bestätigung in der neuen Kommission vorgeschlagen hat.

Wie wir wissen, wurden die Kommissionskandidaten zwischen dem 4. und 12. November von den parlamentarischen Ausschüssen auf der Grundlage der ihnen von Ursula von der Leyen zugewiesenen Zuständigkeiten („Portfolios“) angehört, die in vielen Fällen mit den nationalen Regierungen ausgehandelt und von einigen als „*chaotisch*“ bezeichnet wurden.

Mit der Unterstützung einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit in den Ausschussanhörungen haben neunzehn Kandidaten ... die Prüfung bestanden, aber die Einigung über den ungarischen Kandidaten **Olivér Varhelyi** - der das Ressort Gesundheit und Tierschutz erhalten sollte - steht aufgrund seiner umstrittenen Positionen zu den reproduktiven und sexuellen Rechten von Frauen noch aus.

Vor allem die sechs Kandidaten für die Vizepräsidentschaft - die so genannte Exekutive - stehen noch aus, darunter die spanische Sozialistin **Teresa Ribera**, deren Nominierung und Ressort für den ökologischen Wandel von der EVP angefochten wird, die ihr als Vizepräsidentin der spanischen Regierung die schwere Verantwortung des Gouverneurs

MOVIMENTO EUROPEO

CONSIGLIO ITALIANO

IL PRESIDENTE

der Region Valencia, **Carlos Mazon**, für die schweren materiellen und menschlichen Schäden der jüngsten Überschwemmung aufbürden möchte.

Neben der Nominierung von Teresa Ribera - die von Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen als entscheidend für die Bestätigung des Vertrauens in die gesamte Kommission angesehen wird - betrifft der parlamentarische Konflikt auch die exekutive Vizepräsidentenschaft von **Raffaele Fitto**, Dessen Ressort für Kohäsionspolitik und regionale Reformen, das derzeit in der Zuständigkeit der portugiesischen Sozialistin **Elisa Ferreira** liegt, steht jedoch nicht in Frage, so dass sich die pro-europäische „*Ursula*“-Mehrheit auf die ECR-Fraktion und die Abgeordneten der Fratelli d'Italia ausdehnt, die am 18. Juli das Vertrauen in Ursula von der Leyen abgelehnt haben.

Angesichts dieses Konflikts, der sowohl national (Spanisch als auch von der EVP und insbesondere von ihrem Fraktionsvorsitzenden **Manfred Weber** geteilt wird, der die Unterstützung der Partido Popular benötigt, um an der Spitze der EVP wiedergewählt zu werden, der seit langem innerhalb und außerhalb des EP daran arbeitet, eine europäische Koalition zu bilden, die nicht nur eine gelegentliche Rechtskoalition ist, die bereits als „*Venezuela*“-Mehrheit bezeichnet wurde, und der diese europäische Angelegenheit auch aus einer deutschen Perspektive im Hinblick auf die Bundestagswahl am 23. Februar betrachtet) und europäisch im Zusammenhang mit der möglichen Bestätigung der „*Ursula*“-Mehrheit, sind alle Szenarien möglich, und es ist unmöglich, heute Vorhersagen darüber zu treffen, was in Straßburg in der am 25. November beginnenden Plenarsitzung geschehen wird.

Unabhängig von den möglichen Szenarien ist es jedoch wichtig, dass die proeuropäischen Kräfte im Europäischen Parlament unverzüglich mit der Ausarbeitung einer **programmatischen EntschlieÙung** beginnen, in der die Prioritäten für die nächste Legislaturperiode 2024-2029 festgelegt werden.

Anders als in der Vergangenheit, als das Europäische Parlament den Arbeitsplan der Exekutive zur Kenntnis genommen und gebilligt hat, muss diese EntschlieÙung ein „*europäisches Katz-und-Maus-Spiel*“ zwischen den Institutionen vermeiden und stattdessen das Vertrauensvotum für die nächste Kommission mit den Themen **EU-Reform und-Erweiterung, Demokratie und Achtung der Rechtsstaatlichkeit** begleiten und davon abhängig machen, Ökologischer Umbau und digitaler Wandel, europäische Wohlfahrt, **strategische Autonomie** und der Beitrag der Europäischen Union zum **Frieden**, eine integrative und aufnahmebereite **Migrationspolitik**, die **Zusammenarbeit mit den Ländern des Südens** und ein durch Eigenmittel und Staatsverschuldung finanzierter **Mehrjahreshaushalt 2028-2032**, der Investitionen in **europäische öffentliche Güter** garantiert.

Brüssel-Straßburg, 18. November 2024

Pier Virgilio Dastoli